

Positionierung zu Rassismus und Diskriminierung

Der dbb beamtenbund und tarifunion berlin (dbb berlin) nimmt die Berichterstattung der letzten Monate zu menschenfeindlichen Äußerungen im öffentlichen Dienst sehr ernst und will sich mit dieser Stellungnahme als Spitzenorganisation des öffentlichen Dienstes klar positionieren.

Menschenfeindlichkeit und Rassismus haben im dbb berlin keinen Platz!

Der dbb berlin steht für eine plurale und diskriminierungsfreie Gesellschaft ein, Rassismus und seine gewaltsamen Folgen müssen mit allen Mitteln bekämpft werden.

Das schließt auch kritische Selbstreflexion und erhöhte Aufmerksamkeit gegenüber den Betroffenen von rassistischer Gewalt und Diskriminierung ein, sei sie nun physische, psychische oder strukturell. Schon das Weitertragen von Vorverurteilungen, negativen Zuschreibungen und das Ignorieren vermeintlich weniger gravierender rassistischer Übergriffe trägt zum Aufrechterhalten diskriminierender und verletzender Strukturen bei. Hierbei geht es nicht um das Entlarven oder Anprangern Einzelner.

Als Interessenvertretung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst sieht sich der dbb berlin in der Verantwortung für eine plurale, solidarische, gerechte und demokratische Gesellschaft und ist entschlossen, diskriminierenden Tendenzen im öffentlichen Dienst entgegenzuwirken. Straf- und disziplinarrechtlich bewährte Taten sind entsprechend zu verfolgen.

Zugleich verwahrt sich der dbb berlin dagegen, dass das Fehlverhalten offenbar nur einiger Weniger den gesamten öffentlichen Dienst diskreditiert und begrüßt deshalb vertiefende Maßnahmen. Dabei sieht der dbb berlin in der Ursachenforschung, etwa einer möglichen Korrelation zwischen Gewalt gegen den öffentlichen Dienst und Neigung zu Extremismus, einen wesentlichen Ansatz.

Berlin, 27. Oktober 2020